

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
am Dienstag, **27.02.2007**, 17:08 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frau Sybille Benning , Herr Georg Berding , Herr Meik Bolte , Herr Edgar Drüge , Herr Christoph Jahn , Frau Marliese Kosmider , Herr Andreas Nicklas , Herr Reinhard Schulze Lohoff ,

von der SPD-Fraktion

Frau Dr. Anna Boos , Frau Juliane Brüggemann Vertretung für Herrn Moritz von Schmeling, Herr Dr. Michael Jung , Frau Anne Schulze Wintzler ,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Peter Fischer-Baumeister , Herr Manfred Kehr , Frau Annette Kemper ,

von der FDP-Fraktion

Frau Dr. Karin Obst ,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Herr Karl-Theodor Becks ,

von der Verwaltung

Frau Mechthild Bedenbecker-Busch , Herr Gerd Bertling , Herr Gerhard Böll , Herr Christine Czepok , Herr Lothar Dunkel , Herr Dr. Hans-W. Gummersbach , Frau Gerlinde Haase , Frau Dr. Andrea Hanke , Herr Frank Hermanns , Herr Rainer Kneilmann , Herr Winfried Mörchen , Herr Helmut Müller , Herr Ulrich Rademacher , Frau Aud Riegel-Krause , Frau Dr. Anna Ringbeck , Herr Ludger Watermann ,

für die Schriftführung

Herr Winfried Engbert ,

Es fehlten:

Frau Rixa Borns , Herr Thomas Frings , Herr Dr. Erhard Holze , Frau Ximena Cecilia Meza Correa-Flock , Herr Frederik Timmer , Frau Karin Ubrig ,

Es fehlten:

Herr Moritz von Schmeling ,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 27.02.2007

Tagesordnung:

- | | | |
|--------------------------|-------|---|
| | 1. | Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist |
| | 2. | Eingänge und Eingaben |
| | 3. | Mitteilungen der Verwaltung |
| | 4. | Berichte der Verwaltung |
| | 4.1. | Schülerspezialverkehre
-aktueller Sachstand- |
| <u>V/1063/2006</u>
II | 5. | Erweiterung der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel, städt. Förderschule, Förderschwerpunkt Lernen
Auf dem Dorn 14, 48161 Münster
- Baubeschluss, Hochbau
- Zustimmung zur Planung und Baubeschluss - Außenanlagen - |
| <u>V/0063/2007</u>
IV | 6. | Jugendarbeitslosigkeit in Münster - Flankierende Maßnahmen der Jugendberufshilfe |
| <u>V/0083/2007</u>
IV | 7. | Angebote zur Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft:
Schul- und Bildungsberatung im Amt für Schule und Weiterbildung und Club D der VHS |
| <u>V/0112/2007</u>
IV | 8. | Benutzungs- und Gebührensatzung der Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen |
| <u>V/0138/2007</u>
IV | 9. | Antragsverfahren erweiterte Ganztagschulen |
| | 10. | Beratung des doppelten Haushalts |
| | 10.1. | Westfälische Schule für Musik |
| | 10.2. | Amt für Schule und Weiterbildung |

11. Anfragen/Anträge von Mitgliedern des Schulausschusses
12. Verschiedenes

Herr Ratsherr Kehr, Vorsitzender des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, eröffnete die Sitzung.

Punkt 1 der Tagesordnung	Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist
---------------------------------	--

Auf Nachfrage von Herrn Kehr wurde von den Ausschussmitgliedern zum Tagesordnungspunkt 6 Berichterstattung gewünscht.

Punkt 2 der Tagesordnung	Eingänge und Eingaben
---------------------------------	------------------------------

- keine -

Punkt 3 der Tagesordnung	Mitteilungen der Verwaltung
---------------------------------	------------------------------------

- keine -

Punkt 4 der Tagesordnung	Berichte der Verwaltung
---------------------------------	--------------------------------

Punkt 4.1 der Tagesordnung	Schülerspezialverkehre -aktueller Sachstand-
-----------------------------------	---

Herr Mörchen teilte mit, dass der Rat am 13.12.2006 beschlossen habe, die Schülerspezialverkehre weiterzuführen. Vor der erneuten Ausschreibung sollte von der Verwaltung geprüft werden, ob durch Optimierungen Einsparungen erzielt werden können.

Diesem Auftrag ist die Verwaltung nachgekommen. Unter anderem wurde geprüft, ob

- durch veränderte Linienführung Einsparungen erzielt werden können,
- Abholzeiten verändert bzw. reduziert werden können.

Darüber hinaus wurden in Gesprächen mit Eltern Alternativmöglichkeiten zum Schülerspezialverkehr erörtert.

Nach dem Ergebnis sind keine Optimierungen möglich.

Herr Mörchen führte aus, dass die Verwaltung die Schülerspezialverkehre europaweit ausschreiben wird. Um ein möglichst günstiges Ausschreibungsergebnis zu erzielen, soll die Aus-

schreibung für die Dauer von fünf Jahren erfolgen.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/1063/2006**

**Erweiterung der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel,
städt. Förderschule, Förderschwerpunkt Lernen
Auf dem Dorn 14, 48161 Münster
- Baubeschluss, Hochbau
- Zustimmung zur Planung und Baubeschluss -
Außenanlagen -**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfahl dem Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen ohne Aussprache, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

1. Der Entwurfsplanung des Amtes für Gebäudemanagement vom Dezember 2006 für die Erweiterung der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel, die sowohl die erforderlichen Räume für den Ausbau zu einer einzügigen Förderschule als auch Räume für den Ganztagsbereich umfasst, wird zugestimmt (Anlage 1).

Der Errichtung der im Rahmen der erweiterten Ganztagschule erforderlichen Betreuungsräume (3 Spiel- und Aufenthaltsräume mit insg. rd. 100 qm) und der Ausweitung des Verwaltungsbereiches um rd. 30 qm wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass beabsichtigt ist, den darüber hinaus noch erforderlichen Speiseraum mit Küche parallel in einem gesonderten Bauabschnitt gemeinsam mit den hierfür erforderlichen Räumlichkeiten für die Droste-Hauptschule Roxel zu errichten.

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Entwurfsplanung in Abstimmung mit der Schulleitung und dem Bedarfsamt in Teilbereichen geringfügig gegenüber der Vorentwurfsplanung überarbeitet wurde. Diese Änderungen führen nicht zu Mehrkosten oder zu terminlichen Verzögerungen.
3. Die Checkliste zur Berücksichtigung bauökologischer Kriterien wird zur Kenntnis genommen (Anlage 2).
4. Die behindertengerechte Erschließung des Erd- und Obergeschosses im Alt- und Neubau durch Rampen und Aufzug wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Entwurfsplanung des Amtes für Grünflächen und Umweltschutzes für die Freianlagen und dem Bau auf Grundlage des Plan Nr. S 45.2 wird zugestimmt. (Anlage 3)
6. Die Verwaltung wird beauftragt, nach der Erteilung der Baugenehmigung den Baubeginn zügig herbeizuführen und die entsprechenden Aufträge zu erteilen.
7. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sowohl Investitionskosten gemäß der Kostenberechnung nach DIN 276 vom Januar 2007 für Baukosten und Beschaffungskosten in Höhe von insgesamt 4.540.800 Euro brutto zzgl. 234.000 € für die Beschaffung von Lehrmitteln als auch Folgekosten in Höhe von 359.201 € entstehen (Anlage 5). Von den Investitionskosten für Bau und Beschaffung entfallen auf den 1. Bauabschnitt Kosten in Höhe von 4.097.500 € zzgl. 234.000 € für die Beschaffung von Lehrmitteln, auf den 2. Bauabschnitt (Betreuungsräume) Kosten in Höhe von 443.300 €. (Anlage 4)

Die Folgekosten sind der Folgelastenberechnung zu entnehmen. (Anlage 5)

8. Die oben genannte Sachentscheidung (1. Bauabschnitt) ist wie folgt finanziert:

HH-Stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Gesamtansatz (nachrichtlich) Betrag Euro	Bemer- kungen
2700.940.1110.8	Bauk. Erw. Augustin-Wibbelt-Schule	2005	10.000	Haus- haltsaus- gaberest
		2006	425.000	Haus- haltsaus- gaberest
Produktgruppe Teilfinanzplan/ Maßnahmenzif- fer	PG: 0301 Leistungen für Schulen Maßn. Ziffer: 4070 Erweiterung Augustin-Wibbelt- Schule			
	Auszahlung für Baumaßnah- men	2007 (VE 2008)	2.500.000 (500.000)	
		2008	1.891.500	
	Zwischensumme Baukosten ohne Beschaffungskosten		4.826.500	
	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	2008	271.000	
	Zwischensumme Baukosten incl. Beschaffungskosten		5.097.500	
	PG: 0301 Leistungen für Schulen Maßn. Ziffer: 0030 Besch. Lehm. i.R. investiver Maßnahmen			
	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	2007	51.000	
		2008	1.101.440	davon an- teilig 234.000 € für die Au- gustin- Wibbelt- Schule

Die notwendigen Investitionen im Rahmen der Umwandlung der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel und der Droste-Hauptschule Roxel in erweiterte Ganztagschulen sind wie folgt finanziert:

HH-Stelle	Bezeichnung	Haush	Betrag Euro	Bemer-
-----------	-------------	-------	-------------	--------

		.- jahr		kungen
Einnahmen				
2150.360.1090.6	Zuw. Bund Einrichtung erweiter- te Ganztagschulen	2006	50.000	
Produktgruppe Teilfinanzplan/ Maßnahmenzif- fer	PG: 0301 Leistungen für Schu- len Maßn. Ziffer: 4020 Bauk. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen			
	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	2007	900.000	
		2008	1.490.000	
	PG: 0301 Leistungen für Schu- len Maßn. Ziffer: 4021 Besch. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen			
	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	2007	100.000	
		2008	480.000	
		ge- samt	3.020.000	
Ausgaben				
2150.940.1090.4	Bauk. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen	2006	190.701,96	Haus- haltsausga- berest
Produktgruppe Teilfinanzplan/ Maßnahmenzif- fer	PG: 0301 Leistungen für Schu- len Maßn. Ziffer: 4020 Bauk. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen			
	Auszahlungen für Baumaß- nahmen	2007 (VE 2008)	1.900.000 (250.000)	
		2008	533.340	
		ge- samt	2.624.041,96	
2150.935.1090.7	Besch. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen	2006	77.230	Haus- haltsausga- berest
Produktgruppe Teilfinanzplan/ Maßnahmenzif- fer	PG: 0301 Leistungen für Schu- len Maßn. Ziffer: 4021 Besch. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen			
	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	2007	150.000	
		2008	495.000	
		Ge- samt	722.230	

Befristung

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Bezirksregierung Münster den förderunschädlichen vorzeitigen Maßnahmebeginn für die Investitionsmaßnahmen im Rahmen der erweiterten Ganztagschule genehmigt hat.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0063/2007**
**Jugendarbeitslosigkeit in Münster - Flankierende
Maßnahmen der Jugendberufshilfe**

Frau Dr. Ringbeck gab einige Hinweise zur Vorlage und beantwortete Fragen von Mitgliedern des Ausschusses.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfahl dem Rat ohne Aussprache folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:
I. Sachentscheidung:

1. Der Bericht zur Jugendarbeitslosigkeit wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Erfolgsbeobachtung der in den Jahren 2005 und 2006 geförderten Projekte wird zur Kenntnis genommen (s. Anlage 1).
3. Der Bericht über die Maßnahme „Werkstattjahr“ des Landes wird zur Kenntnis genommen. Die Stadt Münster wird die Stadtteilwerkstatt-West im Jahr 2007 nicht errichten.
4. Dem Handlungsprogramm zur „Förderung der beruflichen und sozialen Integration von benachteiligten jungen Menschen für die Stadt Münster“ wird zugestimmt.
5. Der Förderung der aufgeführten Projekte im Jahre 2007 auf der Grundlage des Handlungsprogramms wird zugestimmt (s. Anlage 2).
6. Die Verwaltung berichtet im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien, Ausschuss für Gleichstellung, Ausschuss für Schule und Weiterbildung und dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung über die Erfolge der Projekte.
7. Der im Entwurf des Haushaltsplanes 2007 bei der Hast. 4522.717.9000.8 „Förderung v. Arbeit, Beschäftigung u. Qualifizierung“ ausgewiesene Sperrvermerk über 100.000 € für das Projekt „Stadtteilwerkstatt West“ wird unter Bezugnahme der Ausführungen der Verwaltung unter Ziffer 3. und 4. der Begründung zur Vorlage aufgehoben.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Haushaltsjahr 2007 Gesamtkosten in Höhe von 300.000 € für die aufgeführten Projekte entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4522.717.9000.8	Förderung von Arbeit, Beschäftigung und Qualifizie-	2007		

	rung			
	JAZ gGmbH „Gemma“		49.500 €	Anteilfinanzierung
	Lernen fördern e.V. „Vermittlung arbeitsmarktnaher Grundkompetenzen“		47.500 €	Anteilsfinanzierung
	Verein sozial – integrativer Projekte e.V. „wortstark“		20.000 €	2 Durchläufe
	Verein sozial – integrativer Projekte e.V. „KoRA“		20.000 €	2 Durchläufe
	JAZ gGmbHEinzelplätze „Arbeiten & Lernen“		11.600 €	2 Plätze
	JAZ gGmbHEinzelplätze „Überbetriebliche Ausbildung“		17.400 €	2 Plätze
	JAZ gGmbH „Job-Beratungsangebot bei der Streetwork“		2.000 €	Pauschalzuschuss
	Adolph-Kolping-Schule – Abteilung Berufliche Grundbildung		5.000 €	Pauschalzuschuss
	JAZ gGmbH „Flüchtlingsprojekt“		45.000 €	Anteilsfinanzierung
	Projekt Schulverweigerer – Stadt Münster		28.000 €	Anteilsfinanzierung
	GEBA mbH „Step by Step“		31.500 €	Anteilsfinanzierung, pädagogische Begleitung
	Geba mbH „BAFF“ Berufliche Ausbildung für Frauen in Teilzeit		22.500 €	Anteilsfinanzierung

Insgesamt:	300.000 €	
-------------------	------------------	--

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die vorstehende Förderung von Arbeit, Beschäftigung und Qualifizierung unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch den Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2007 bzw. des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2006 – 2010 steht.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0083/2007**

**Angebote zur Internationalisierung der städtischen
Bildungslandschaft:
Schul- und Bildungsberatung im Amt für Schule
und Weiterbildung und Club D der VHS**

Herr Dr. Gummersbach beantwortete Fragen von Mitgliedern des Ausschusses.

Die CDU/FDP-Fraktion stellte den Antrag, die Stelle nicht unbefristet, sondern auf zwei Jahre befristet einzurichten.

Nach einer Diskussion darüber, ob die Stelle nur befristet eingerichtet werden soll und einer Beratungsunterbrechung von 17:35 Uhr bis 17:40 Uhr, wurde der Antrag der CDU/FDP-Fraktion zurückgezogen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfahl dem Rat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt dem Konzept der Schul- und Bildungsberatung zu.
2. Der Rat beschließt die Fortführung der „Bildungsberatung International“. Im Stellenplan wird hierfür ab dem 01.08.2007 eine Stelle BAT IV b / Entgeltgruppe 9 TVöD mit 19,25 Wochenstunden dauerhaft eingerichtet.
3. Der Rat beschließt die unbefristete Fortführung von Angeboten zur außerschulischen Sprachförderung von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern durch die VHS Münster ("Club D", "Mama lernt Deutsch" u. ä.) ab 01.05.2007.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass jährlich Kosten in Höhe von 51.000 € entstehen. Die bisher dafür schon im Etatentwurf 2007 ff. bei den „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ im Teilergebnisplan „Zentrale Leistungen für Schüler/innen und am Schulleben Beteiligte“ (Produktgruppe 0302) veranschlagten Mittel werden zukünftig wie folgt veranschlagt:

Position Teilergebnisplan	Ansatz 2007	Ansatz 2008 ff.	Erläuterung
Personalaufwendungen	11.150,- €	26.760,- €	Personalaufwendungen 0,5 Stelle EGr. 9 ab Einrichtung der Stelle
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	39.850,- €	24.240,- €	Honorarkosten und Sachmittel „Club D“; 2007 anteilige Personalkosten bis Einrichtung Stelle
Gesamt	51.000,- €	51.000,- €	

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0112/2007**
**Benutzungs- und Gebührensatzung der Lehranstalt
für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen**

Frau Dr. Boos (SPD) erklärte sich für befangen und nahm an der Beratung nicht teil.

Frau Dr. Hanke gab einige Hinweise zur Vorlage. Nach einer kurzen Diskussion und einer Beratungsunterbrechung von 17:50 Uhr bis 17:52 Uhr stellte die CDU/FDP-Fraktion folgenden Antrag:

Der Beschlusspunkt 2 wird wie folgt geändert:

2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu den Sommerferien 2007 eine Vorlage zu erstellen, wie der städtische Zuschussbedarf für den Betrieb der PTA-Lehranstalt dauerhaft gesenkt werden kann. **Dabei ist der Ratsbeschluss vom 05.04.2006 zu beachten, weiterhin die Privatisierung der PTA-Lehranstalt im Auge zu behalten.**

Der Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD und GAL angenommen.

Herr Dr. Jung (SPD) beantragte, über die Beschlusspunkte der Vorlage einzeln abzustimmen. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmte dem Antrag ohne Abstimmung zu.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfahl dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, FDP und GAL gegen die Stimmen der SPD, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen der Stadt Münster wird gemäß Anlage 1 beschlossen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfahl dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der GAL, folgenden Beschluss zu fassen:

2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu den Sommerferien 2007 eine Vorlage zu erstellen, wie der städtische Zuschussbedarf für den Betrieb der PTA-Lehranstalt dauerhaft gesenkt werden kann. **Dabei ist der Ratsbeschluss vom 05.04.2006 zu beachten, weiterhin die Privatisierung der PTA-Lehranstalt im Auge zu behalten.**

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Für das Haushaltsjahr 2007 wurden im Etatentwurf Mehreinnahmen - in Höhe von insgesamt 2.400,00 € (5,00 € Erhöhung der Lehrgangsgebühr x 4 Monate x durchschnittlich 120 Lehrgangsteilnehmer/innen) berücksichtigt. Insgesamt werden hierfür 246.480,00 € für 2007 einkalkuliert (siehe Zeile 04 „öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte“ des Teilergebnisplanes der Produktgruppe 0301 - Seite 181 des Etatentwurfs).

Punkt 9 der Tagesordnung
V/0138/2007
Antragsverfahren erweiterte Ganztagschulen

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nahm die Vorlage ohne zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung
Beratung des doppelten Haushalts

Von den Fraktionen wurden Anträge in verschiedenen Formen gestellt. Der Ausschuss einigte sich darauf, die Anträge anhand des Rödl-Gutachtens zu beraten. Alle Fraktionen waren sich darüber einig, dass bis zu den nächsten Haushaltsberatungen eine Absprache zum Verfahren bei den Haushaltsberatungen erarbeitet wird.

Frau Dr. Hanke wies daraufhin, dass es die erstmalige Beratung eines doppelten Haushalts im Ausschuss für Schule und Weiterbildung sei. Herr Müller habe den Fraktionen Ende Januar in einem Arbeitspapier die Besonderheiten des Produkthaushalts für den Bereich Schule und Weiterbildung dargestellt. Der den Ausschussmitgliedern vorliegende Haushaltsentwurf entspreche den Anmeldungen des Amtes für das Jahr 2007 unter Berücksichtigung der in 2006 beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen.

Sie erklärte weiter, dass die Beschlüsse aus der Vorlage zum Schulentwicklungsplan in den Veränderungsblättern zum Teilfinanzplan für die Produktgruppe 0301 berücksichtigt sind. Die Albert-Schweitzer-Schule sei in diesem Teilfinanzplan noch nicht enthalten. Dies liege daran, dass die Planungen für diese Schule noch nicht abgeschlossen seien. Es werde in der nächsten Zeit Abstimmungsgespräche mit der Schule geben. Danach werden die konkreten Kosten ermittelt und die Erweiterungspläne über eine Ratsvorlage eingebracht sowie die Finanzierung sichergestellt.

Frau Dr. Hanke erläuterte, dass sich der erhebliche Anstieg bei den Transferaufwendungen im Budget der Westfälischen Schule für Musik (Seite 235, Zeile 15) dadurch erkläre, dass die Mittel für die E.V. Musikschulen nicht mehr im Budget des Amtes 40 sondern im Budget der Westfälischen Schule für Musik verwaltet werden.

Abschließend wies Sie daraufhin, dass die Volkshochschule 2007 gegenüber 2006 einen Einnahmeverlust von 55.000 € an Landeszuschuss hinnehmen muss. In den Jahren 2003 bis 2007 sind die Landeszuschüsse insgesamt um 185.000 € gekürzt worden.

Bis 2007 sei es der Volkshochschule nur unter erheblichen Anstrengungen gelungen, diesen Einnahmeverlust zu kompensieren.

Es folgte eine Beratungsunterbrechung von 18:10 Uhr bis 18:30 Uhr.

Punkt 10.1 der Tagesordnung
Westfälische Schule für Musik

Auf Nachfrage präzierte die Koalition die Beschlussvorschläge dahingehend, dass die Einsparvorgaben aus dem Rödl-Gutachten wie folgt umgesetzt werden:

1. **Vorschläge zu den Nummern 137 bis 141 des Rödl-Gutachtens**

Die Gebühren werden wie vorgeschlagen erst im Jahre 2008 erhöht, der Projektbereich erwirtschaftet bereits 2007 zusätzlich 1.000,-- € Mehreinnahmen, Personalkosten werden, wie von Rödl vorgeschlagen, in dem Maße reduziert, wie dies durch Nichtwiederbesetzung freiwerdender Stellen erreicht werden kann. Dies wird von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Herrn Goerke in Zusammenarbeit mit der Westf. Schule für Musik geprüft. Die Einsparsummen von 60.000,-- € für das Jahr 2007 und von 180.000,-- € für die Jahre ab 2008 sind in diesem Sinne zu verstehen. Anderenfalls wäre die Einsparvorgabe von 60.000,-- € für 2007 nur durch betriebsbedingte Kündigungen zu erreichen.

2. **Vorschlag zur Nummer 142 des Rödl-Gutachtens**

Die Einsparvorgabe gilt nur für den Fall, dass das gemeinsame organisatorische Dach für die Westf. Schule für Musik und vier Stadtteilmusikschulen in e.V.-Trägerschaft zustande kommt.

Die Änderungsanträge der CDU/FDP-Fraktion wurden mehrheitlich mit den Stimmen der CDU/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der GAL bei Enthaltung der SPD angenommen. Die Anträge der anderen Fraktionen zu diesen Punkten des Rödl-Gutachtens sind damit erledigt.

Punkt 10.2 der Tagesordnung

Amt für Schule und Weiterbildung

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung einigte sich darauf, dass auch hier zunächst die Anträge der CDU/FDP-Fraktion beraten werden. Bei den Punkten, bei denen die Fraktion empfiehlt, den Vorschlag aus dem Gutachten nicht aufzugreifen, besteht einhellig die Ansicht, dass kein Abstimmungsbedarf gegeben ist. Es handelt sich um die Punkte 83 - 85, 90 – 103 und 105 – 108 des Rödl-Gutachtens.

Punkte 86 – 89 des Gutachtens

Produkt: Grundschulen (86), Hauptschulen (87), Realschulen (88), Gymnasien (89)

Bezeichnung der Maßnahme: Auslaufen der Sondermittel „Selbstständige Schule“

Die Fraktion CDU/FDP beantragte, den Vorschlag aus dem Gutachten umzusetzen. Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU/FDP und der SPD gegen die Stimmen der GAL angenommen. Von der CDU/FDP-Fraktion wurde darauf hingewiesen, dass diese Etatpositionen zum Etat 2008 erneut zu beraten sind, wenn für das Jahr 2008 die Landesmittel weitergewährt werden.

Punkt 104 des Gutachtens

Produkt: Grundschulen

Bezeichnung der Maßnahme: Anpassung des Leistungsspektrum des Schulamtes (IKV)

Die Fraktion CDU/FDP beantragte, den Vorschlag aus dem Gutachten geändert umzusetzen. In den Jahren 2007 und 2008 soll es keine Einsparungen geben. In den Jahren 2009 und 2010 sollen jeweils 341.000 Euro eingespart werden.

Herr Berding begründete den Antrag. Frau Dr. Hanke schlug vor, dass die Verwaltung prüft, in welchen Bereichen vergleichbare Städte kostengünstiger arbeiten. Danach werde in einer Vorlage dargestellt, wie die Einsparungsvorschläge erreicht werden können.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der GAL und SPD mehrheitlich angenommen.

Punkt 109 des Gutachtens

Produkt: Sonst. Schulische Einrichtungen

Maßnahme: Aufgabe der PTA-Lehranstalt

Die Fraktion CDU/FDP beantragte, den Vorschlag aus dem Gutachten geändert umzusetzen. In 2007 soll es keine Einsparung geben. In 2008 sollen 25.000 Euro und den in den Jahren 2009 und 2010 jeweils 71.500 Euro eingespart werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der GAL und SPD mehrheitlich angenommen.

Punkt 110 des Gutachtens

Produkt: Fortbildung

Maßnahme: Reduzierung der Fortbildungsmittel

Die Fraktion CDU/FDP beantragte, den Vorschlag aus dem Gutachten umzusetzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der GAL bei Enthaltung der SPD mehrheitlich angenommen.

Punkt 111 des Gutachtens

Produkt: Projekte

Maßnahme: Reduzierung der Angebote um 12 %

Die Fraktion CDU/FDP beantragte, den Vorschlag aus dem Gutachten umzusetzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der GAL und SPD mehrheitlich angenommen.

Punkt 112 des Gutachtens

Produkt: Bildungsberatung usw.

Maßnahme: Reduzierung der Informationsangebote (Sachkosten) um 12 %

Die Fraktion CDU/FDP beantragte, den Vorschlag aus dem Gutachten umzusetzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der GAL und SPD mehrheitlich angenommen.

Punkt 113 des Gutachtens

Produkt: Schulpsychologische Beratungsstelle

Maßnahme: Schrittweise Reduzierung der Lernwerkstatt auf 25 % der 2006 vorgehaltenen Qualität

Zu diesem Punkt liegt ein Antrag der Seniorenvertretung Münster vor. Danach soll der Rat beschließen, dass die vorgehaltene Qualität beibehalten wird.
Die SPD-Fraktion nahm den Antrag auf.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der GAL und SPD mehrheitlich abgelehnt.

Die CDU/FDP-Fraktion beantragte, dass das Einsparziel erreicht werden muss. Hierzu legt die Verwaltung nach entsprechender Überprüfung eine gesonderte Entscheidungsvorlage vor.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der GAL und SPD mehrheitlich angenommen.

Punkt 114 des Gutachtens

Produkt: Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes

Maßnahme: Verdichtung und Umstrukturierung des Angebotes in kostenintensiven Bereichen, wie der Alphabetisierung und der Gesundheitsbildung

Die CDU/FDP-Fraktion beantragte, dass der Vorschlag umgesetzt wird. Die Umsetzung hat so zu erfolgen, dass die Angebote zur Alphabetisierung nicht reduziert werden, dadurch entstehende Mehrkosten sind in den verbleibenden Bereichen zu kompensieren.

Punkt 115 des Gutachtens

Produkt: Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes

Maßnahme: Verdichtung des Angebotes in kostenintensiven Bereichen (IKV)

Die CDU/FDP-Fraktion beantragte, dass der Vorschlag geändert umgesetzt wird. Die Maßnahme wird auf 2008 vorgezogen. In den Jahren 2008 – 2010 sollen jeweils 75.000 Euro eingespart werden.

Punkt 116 des Gutachtens

Produkt: Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes

Maßnahme: Anpassung der Standards in der Anmeldung und Beratung

Die Fraktion CDU/FDP beantragte, den Vorschlag aus dem Gutachten umzusetzen.

Punkt 117 des Gutachtens

Produkt: Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes

Maßnahme: Prozess- und Schnittstellenoptimierung durch Straffung und Bündelung von Verwaltungsabläufen.

Die CDU/FDP-Fraktion beantragte, den Vorschlag aus dem Gutachten umzusetzen.

Punkt 118 des Gutachtens

Produkt: Bildung auf Bestellung

Maßnahme: Ausweitung der passgenauen Schulungen für Firmen, Verbände, Vereine und Behörden

Die CDU/FDP-Fraktion beantragte, den Vorschlag aus dem Gutachten umzusetzen.

Punkt 119 des Gutachtens

Produkt: Drittmittelfinanzierte Qualifizierungsprojekte

Maßnahme: Optimierung und Vermarktung der Projektarbeit

Die CDU/FDP-Fraktion beantragte, den Vorschlag aus dem Gutachten umzusetzen.

Punkt 120 des Gutachtens

Produkt: Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes

Maßnahme: Aufgabe der Räume im Gebäude Westfalenstraße 196 in Hilstrup

Die CDU/FDP-Fraktion beantragte, den Vorschlag aus dem Gutachten umzusetzen.

Die GAL beantragte, über die Punkte 114 – 120 nicht abzustimmen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der GAL und SPD mehrheitlich abgelehnt.

Die GAL bat um Erstellung einer Vorlage, in der detailliert dargestellt wird, wie die geforderten Einsparungen umzusetzen sind und in welchen Bereichen sich die Kürzungen der Landeszuweisungen bemerkbar machen.

Herr Dr. Gummersbach gab einige Erläuterungen zu den einzelnen Punkten aus dem Rödl-Gutachten und den erheblichen Auswirkungen, die auch durch die parallelen Kürzungen bei den Landeszuweisungen verursacht werden. Insbesondere die vielfältigen Kooperationsprojekte z. B. im Bereich der politisch-historischen Bildung seien zukünftig nicht mehr möglich.

Frau Dr. Hanke sagte zu, dass bis zu den Etatberatungen 2008 eine entsprechende Vorlage erstellt wird.

Die Anträge der CDU/FDP-Fraktion zu den Punkten 114 – 120 aus dem Gutachten wurden mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der GAL und SPD mehrheitlich angenommen.

Die Anträge der UWG-MS/ ödp sind durch die Beschlussfassung erledigt.

Zusätzliche Anträge der CDU/FDP-Fraktion:

1. Erweiterung der Hansaschule

Herr Berding (CDU) erklärte sich für befangen und nahm an der Beratung des Antrages nicht teil.

Die CDU/FDP-Fraktion beantragte, die in den Haushalt eingestellten Beträge mit einem Sperrvermerk zu versehen, der aufgehoben wird, sobald endgültig über Art und Umfang der Baumaßnahme entschieden ist.

Der Antrag wurde einstimmig bei Enthaltung der SPD und GAL angenommen.

2. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die CDU/FDP-Fraktion beantragte: Die Kostenerstattung für die Landesbildstelle wird ab 2008 soweit gesperrt, bis über die Fortführung des Vertrages mit der Landesbildstelle über das Jahr 2008 hinaus endgültig entschieden ist.

Der Antrag wurde einstimmig bei Enthaltung der SPD und GAL angenommen.

Anträge der GAL:

1. Der Rat möge beschließen, dass für die Erweiterung des Schulbau- und Schulsanierungsprogramms für 2007 zusätzlich 5.000.000 EUR in den Haushalt eingestellt werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der GAL bei Enthaltung der SPD mehrheitlich abgelehnt.

2. Der Rat möge beschließen, dass zur Verstärkung der Sozialarbeit in den Stadtteilen Kinderhaus, Coerde und Berg Fidel an drei örtlichen Grundschulen Schulsozialarbeitsstellen eingerichtet werden.

Die nötigen Mittel in Höhe von jährlich 86.000 EUR (2007: 35.000 EUR) werden im Schuletat zusätzlich bereitgestellt.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der GAL bei Enthaltung der SPD mehrheitlich abgelehnt.

3. Der Rat möge beschließen, dass die Verwaltung die Gründe für die allgemeine Kürzung der Sekretariatsstunden an den Münsteraner Schulen offenlegt;
 - die Kürzung der Schulsekretariatsstunden unverzüglich zurückgenommen wird.
 - in einem zweiten Schritt die Schulsekretariate der Grund- und Förderschulen qualitativ und quantitativ aufgewertet werden. Dies geschieht auf der Grundlage der im Auftrag der regionalen Steuergruppe erstellten Untersuchung zur Belastung von Schulsekretariaten und Schulleitungen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der GAL bei Enthaltung der SPD mehrheitlich abgelehnt.

4. Der Rat möge beschließen, dass die Lernmittelkosten für Hartz-IV-Empfänger wieder in gewohntem Umfang übernommen werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der GAL bei Enthaltung der SPD mehrheitlich abgelehnt.

5. Der Rat möge beschließen, dass sämtliche Sparmaßnahmen der letzten Jahre an Münsters Ganztagschulen zurückgenommen werden. Die Qualitätsstandards des Jahres 2003 werden uneingeschränkt auf alle heutigen Ganztagschulen (Grund- und weiterführende Schulen) übertragen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der GAL bei Enthaltung der SPD mehrheitlich abgelehnt.

6. Der Rat möge beschließen, dass die Stadt Münster weiterhin die Kosten für die Taxibeförderung für Schüler der Primarstufen der Förderschulen übernimmt.

Es wird ein „Härtetopf“ eingerichtet, aus dem die Fahrkosten für die Schüler der Jahrgangsstufen 5 – 13, die aus den einkommensschwachen Familien kommen, analog der Entgeltordnung „Förder- und Betreuungsangebote“ finanziert werden, um damit einen nur finanziell veranlassten Schulwechsel zu vermeiden. Der „Härtetopf“ kommt auch begründeten Einzelfällen zugute, die sich aus dem Umzug des Stein-Gymnasiums nach Gievenbeck ergeben.

Dies gilt ab sofort für die Dauer des Schulbesuchs, d.h. spätestens auslaufend zum Jahr 2012.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der GAL bei Ent-

haltung der SPD mehrheitlich abgelehnt.

Anträge der SPD

1. Streichung der Zuschüsse für ESCA Mentis und Jugendverkehrsschule in Höhe von 30.000 EUR

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP und GAL gegen die Stimmen der SPD mehrheitlich abgelehnt.

2. Übernahme der Kosten für Lehrmittel für Kinder von Asylbewerbern / ALG-II-Empf in Höhe von 50.000 EUR jährlich

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der SPD und GAL mehrheitlich abgelehnt.

3. Verbesserung Betreuungsschlüssel/Förderung Entwicklungsvorhaben OGTS in Höhe von 150.000 EUR jährlich

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der SPD und GAL mehrheitlich abgelehnt.

4. Ausbau der Beratung – Rücknahme der Kürzung Schulpsychologische Beratungsstelle um 50.000 EUR jährlich

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der SPD und GAL mehrheitlich abgelehnt.

5. Einsparung von 79.670 EUR in 2008 durch Auslaufen des Modellprojektes „Selbstständige Schulen“

Dieser Antrag deckt sich mit dem Antrag der CDU/FDP-Fraktion und wurde bereits beraten und beschlossen.

In der abschließenden Abstimmung stimmte der Ausschuss für Schule und Weiterbildung dem Entwurf des doppelten Haushaltes mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD und GAL zu.

Punkt 11 der Tagesordnung	Anfragen/Anträge von Mitgliedern des Schulausschusses
---------------------------	---

11.1 Bearbeitungsstand der Anträge

Herr Dr. Jung (SPD) bat um Mitteilung zum Bearbeitungsstand der folgenden Anträge:

- a) Übersicht über nicht schulisch genutzte Schulräume
- b) Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben der e.V. Musikschulen durch die Westf. Schule für Musik
- c) Zusätzliche Hilfen für die Brennpunktschulen

Frau Dr. Hanke führte hierzu aus:

- a) An den weiterführenden Schulen sei die Raumsituation im Rahmen der Schulentwicklungsplanung dargestellt worden. Es habe sich gezeigt, dass alle vorhandenen Räume von den Schulen gebraucht werden. Bei den Grundschulen müsse abgewartet werden, wie sich die Auflösung der Schulbezirke auswirke.
- b) Dieser Antrag wird im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Musikschulen bearbeitet.
- c) Die Anfrage hierzu wird in einer der nächsten Schulausschusssitzung beantwortet.

11.2 Verteilung der Zeiten der Schulen in den Bädern

Herr Fischer-Baumeister bat um eine Aufstellung, aus der folgende Punkte ersichtlich sind:

1. Verteilung der Schwimmzeiten in den Bädern auf die einzelnen Schulen
2. Wer nutzt wann welche Bäder?
3. Welche Änderungen gibt es im Vergleich zum Zeitraum vor den Schließungen?
4. Welche Änderungen haben sich dadurch bei den Fahrzeiten der Schulen ergeben?

Frau Dr. Hanke teilte mit, dass die Verwaltung zurzeit zu den Schwimmzeiten Gespräche mit den Schulen führe. Ein Vorschlag für die Badezeiten sei in die Schulen gesandt worden. Die Schulen haben bis zum 20.04.2007 Zeit, sich zu diesem Vorschlag zu äußern.

Nach Eingang der Stellungnahmen durch die Schulen werde ein Badeplan erstellt. Dieser werde dann auch im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorgestellt.

Herr Fischer-Baumeister stellte seine Anfrage bis zu diesem Zeitpunkt zurück.

Punkt 12 der Tagesordnung

Verschiedenes

12.1 Angebot der Verbraucherberatung

Herr Kehr teilte mit, dass er von der Verbraucherberatung angesprochen worden sei, da diese beabsichtige, ein Angebot in die Schulen zu geben, Schüler/innen über Haushalts- und Budgetführung zu informieren.

Er teilte mit, dass er dieses Angebot für sinnvoll halte, da viele Jugendliche Probleme bei der Einteilung der ihnen zur Verfügung stehenden Geldmittel haben. Das Angebot richte sich vorrangig an Jugendliche, die an der Schwelle zum Beruf stehen.

Ende der Sitzung: 19:25 Uhr

Manfred Kehr
Vorsitz

Winfried Engbert
Schriftführung